wehretats verlangen sollte. Dabei muß gegen jede Verschleierung Stellung genommen werden.

Der kostspielige Wüstenwagen dürfte ebenso überflüssig sein wie der kommende Panzerkreuzer".

Dieser Meldung — wir ersparen uns zunächst, auf den jämmerlichen Kommentar des Volksblattes näher einzugehen — folgt am Montag in der sächsischen SPD-Presse ein weiterer Artikel, dessen Inhalt sich mit der gleichen Materie beschäftigt. Felix Fechenbach stellt in diesem Aufsatz die Frage nach der Herkunft der 41 Millionen Mark, die zum Bau des Panzerkreuzers A Verwendung finden und die nach Angaben Groeners bei anderen Etatkapiteln eingespart werden sollen. Fechenbach kommt dabei zu der Feststellung, daß die besagten 41 Millionen bereits im März d. J. aus dem Wehretat herausgenommen und dem Finanzminister zur Ausbalancierung seines Etats zur Verfügung gestellt worden sind und inzwischen auch für diesen Zweck Verwendung gefunden haben sollen. Zum Schluß bemerkt dann Fechenbach:

„Es scheint uns, als verfüge man im Wehrministerium und in der Marineverwaltung auch heute noch — trotz Lohmann-Skandal — über erhebliche Fonds, die sich der Kontrolle des Reichstages entziehen. Schärfste Wachsamkeit und größtes Mißtrauen ist demnach gegen die Finanzkünstler des Wehrministeriums heute noch ebenso notwendig wie unter der Aera Geßler."

Und wer soll diese Wachsamkeit üben? Ueberflüssige Frage! Das eben ist ja der politische Sinn dieser sozialdemokratischen Enthüllungskampagne über die „gefährliche Spielerei" der imperialistischen Aufrüstung und die forcierten Geheimrüstungen Groeners, die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter und Wähler sollen von der „Notwendigkeit" der Kontrolle der sozialdemokratischen Minister in der Koalitionsregierung „überzeugt" werden. Die illegalen Rüstungen der Konterrevolution bilden den Agitationsstoff der sozialdemokratischen Presse für die Erhaltung der panzerkreuzerbauenden Koalitionsregierung.

So enthüllt sich das Geheimnis der „linken" Toni als ein verbrecherisches Spiel mit den Interessen der Arbeiter, die man auf diese Weise über den Panzerkreuzerskandal der SPD hinwegtäuschen möchte.

Das gilt es für die Massen der betrogenen Wähler zu erkennen: die sozialdemokratischen Enthüllungen über „Groeners Kreuzer-Millionen", die „Wüstenwagen der Reichswehr" und den „getarnten Wehretat", diese scheinradikale Geste gegen die imperialistischen Aufrüstungen der Konterrevolution sind nur ein weiteres demagogisches Manöver, um die Fortführung der Koalitionspolitiker und ihre Unterstützung durch die „linken" SPD-Führer zu verteidigen.

Die Arbeitermassen aber, die den ernsthaften Kampf gegen die Kriegs- und Bürgerkriegsrüstungen ihrer Klassenfeinde wollen, müssen jetzt erkennen, daß dieser Kampf nur in den Reihen der Kommunistischen Partei möglich ist. Sie müssen der Panzerkreuzer-SPD die Gefolgschaft versagen und mit den Kommunisten alle Kräfte für den Volksentscheid einsetzen.

Gewaltige Kundgebung für den Volksentscheid

Blutige Provokation der Zörgiebelpolizei — Die Polizei schießt in die fliehende Menge — Ein Polizeioffizier mißhandelt eine Frau

Berlin, 29. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern abend marschierten in Wedding gewaltige Demonstrationszüge als Auftakt zum Volksbegehren gegen den Panzerkreuzer auf. In allen Straßen des roten Wedding wurden die Losungen der Kommunistischen Partei, die von zahlreichen Transparenten die Arbeiterschaft zum Volksentscheid aufriefen, mit Begeisterung begrüßt.

Bei dem Rückmarsch des 1. Bezirks kam es zu einem Zwischenfall mit der Polizei. Diese versuchte, **mit geschwungenen Gummiknüppeln** die neben dem Zug hergehenden Mitläufer abzukämmen. Erst nach energischem Protest der Demonstranten zog sich die Polizei zurück.

Der Zug hatte sich kaum am Pappelplatz aufgelöst, als es zu einer erneuten Provokation der Polizei kam. **Ein Polizeioffizier schlug in der Invalidenstraße auf eine Frau ein, die ein Kind auf dem Arm trug.** Eine ungeheure Empörung bemächtigte sich der Massen. Ohne weiteres gab ein Offizier den Befehl zum Feuern. Mehr als sechs Schreckschüsse wurden abgegeben. Infolge der ungeheuren Massenansammlung konnte die Menge nicht sofort zurückweichen, **worauf der Polizeioffizier scharf in die fliehende Menge schießen ließ.** Bis jetzt sind drei Verwundete festgestellt worden, darunter zwei RFB-Kameraden. Sie wurden ins Krankenhaus getragen. Mit ungeheurer Verstärkung, die auf dem schnellsten Wege herbeigerufen wurde, räumte dann die Schupo in brutaler Weise die Straßen.

Eine „genossenschaftliche" Antwort

Die Sozialdemokraten sabotieren die Volksentscheidsbewegung

Mit genau denselben dummdreisten Mätzchen, wie seinerzeit beim Volksentscheid gegen Fürstenabfindung, beginnt die Sozialdemokratie ihren hinterhältigen Kampf zur Rettung der deutschen Flottenaufrüstung zu führen. Im Stadtteil 1, Dresden, hatte sich bereits in der vergangenen Woche ein „Komitee gegen Panzerkreuzer und Kriegsgefahr" gebildet, das sich in einem Schreiben an die Arbeiterorganisationen und Betriebsbelegschaften der inneren Altstadt und der Friedrichstadt wandte, mit dem Ersuchen um Teilnahme an einer Sitzung am Freitag dem 31. August im Brandenburger Hof, in der in genossenschaftlicher Weise Stellung zur Volksentscheidskampagne gegen die deutsche Flottenaufrüstung genommen werden soll. Diese Aufforderung ging natürlich auch an die Friedrichstädter und Altstädter Gruppe der SPD. Und die Antwort? Während Leute, wie Kapitänleutnant Persius, oftmals Mitarbeiter der Volkszeitung, Pfarrer August Bleier, führendes Mitglied der Berliner SPD, und die ganze Leipziger Parteigenossenschaft der SPD die Volksentscheidsbewegung begrüßen, erfrecht sich der geschäftsführende Vorstand der SPD Groß-Dresden unter dem Titel „Kommunistische Verwirrungsmanöver" folgende „genossenschaftliche" Antwort zu erteilen:

„Wir brauchen nicht besonders zu betonen, daß die Sozialdemokratische Partei alle Schritte, die in der Panzerkreuzerfrage zu unternehmen sind, selbständig erledigen wird. Wir erwarten von unseren Parteigenossen, insbesondere von denen in den Betrieben und den Arbeiterorganisationen, daß sie zu diesen erneuten Zersplitterungsabsichten der Kommunisten durch Teilnahme an den Sitzungen des „Arbeiterkomitees" nicht beitragen."

Wieviel Sätze, soviel Unwahrheiten! Wo hat die Sozialdemokratische Partei Schritte gegen den Panzerkreuzer unternommen? Sie hat die Einberufung des Reichstages abgelehnt, sie hat aber auch Einberufung des Reichsparteitages verhindert, sie hat, statt die Oeffentlichkeit gegen die deutsche Flottenaufrüstung zu mobilisieren, die Rüstungen der Hindenburg-Republik mit dem Hinweis auf die Verteidigungsmaßnahmen des Arbeiterstaates zu verteidigen gewagt. Und weiter hat sie, statt die proletarischen Kräfte zu konzentrieren, gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen großzügigste — Spaltungs- — Aktionen in Gewerkschaften und Massenorganisationen durchgeführt, in den letzten Tagen wurde sogar gerichtsnotorisch, im Falle des Berliner alten Sportkartells, festgestellt, daß die Trabanten des SPD-Parteivorstandes dabei vor keiner Lüge und vor keinem Betrug zurückschreckten, um die sozialdemokratischen Mitglieder vor revolutionären Einflüssen zu schützen. Die Führung der SPD selbst lehnt auch eine lokale Zusammenfassung der Kräfte zur besseren Durchführung einer Kampagne für den Volksentscheid ab. Im Bezirk Zwickau-Plauen fordert die SPD-Bezirksleitung von ihren Gemeindevertretern, daß diese die von den Kommunisten gestellten Protestanträge gegen den Panzerkreuzerbau ablehnen sollen, weil sie sich auch gegen die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder richten würden. Damit decken diese „Linken" offen und provokatorisch die verräterischen Ministergenossen, wie sie morgen die Kriegskreditbewilliger decken würden, wenn die „große Zeit" wiederkäme. Und stellt die Haltung der Dresdner SPD-Instanzen etwas anderes dar, als eine Rettungsaktion für die Panzerkreuzer-Minister? Oder fürchtet sich Herr Rösch, der als Friedrichstädter SPD-Vertreter zu dieser Sitzung geladen wurde, den „kommunistischen Verwirrungsmanövern" zum Opfer zu fallen? Keineswegs, ihnen und den Dresdner SPD-Funktionären kommt es nur darauf an, die Arbeiter nicht gemeinsam an einen Tisch setzen zu lassen, weil sie sich vor der genossenschaftlichen Klärung der wichtigsten Fragen fürchten. Das böse Gewissen, die Gewißheit, mitverantwortlich zu sein für das Panzerkreuzerverbrechen, treibt also diese „linken" Parteivorstandsjünger zur Zersplitterungsaktion gegen die sich anbahnende einheitliche Kampffront für Volksentscheid gegen Panzerkreuzer und Kriegsgefahr.

Um so stärker müssen gerade die Arbeiter in den Betrieben und allen Organisationen den Druck auf ihre Funktionäre ausüben, diesem Komitee sofort beizutreten, oder selbst die Initiative zu ergreifen und örtliche Komitees zu organisieren. Denkt an das, was der sozialdemokratische Persius zu dieser Frage erklärte:

„Ich begrüße jede Aktion gegen den unseligen Kabinettbeschluß aufs wärmste.

Ich wünsche den tapferen Vorkämpfern für den Volksentscheid bei ihrem schweren Werk, das wahrlich wie kaum ein anders das Interesse des deutschen Volkes vertritt, vollen Erfolg!"

Und vergeßt nicht, was Freiherr von Schönaich, einer der verdientesten Antimilitaristen, sagte:

„Nicht Pflästerchen brauchen wir, sondern ein scharfes Operationsmesser. Für ein solches halte ich den von den Kommunisten vorgeschlagenen Volksentscheid . . . Die Lage ist für die Hermann Müller und Genossen sehr kitzlich, aber endlich einmal muß die große Abrechnung für die Kriegskredite und die große Fehlerkette, die sich daran angeschlossen hat, doch einmal kommen . . ."

Und warum muß sie jetzt kommen, diese Abrechnung? Weil, wie der Sozialdemokrat August Bleier treffend feststellt, der deutsche Militarismus gesiegt hat und die sozialdemokratischen Minister eine Bewegung unterstützt haben,

die unaufhaltsam in der ganzen kommenden Auseinandersetzung England—Rußland Deutschland zu einem willfährigen Trabanten des zum Kriege entschlossenen imperialistischen Englands macht.

Das, Genossen, Arbeitskollegen, gesteht ein Sozialdemokrat ein. Darf in dieser Situation noch gezögert werden, über den Organisationsegoismus und die persönliche Feigheit einer „links" aufgetakelten Führergruppe hinwegzuschreiten, um zu einer festen Einheit gegen diese aufgezeigten Gefahren zu gelangen? Wir sind überzeugt, daß diejenigen Arbeiterfunktionäre, die noch Verantwortungsgefühl gegenüber den Interessen der von ihnen vertretenen Arbeiter haben, den Saboteuren die richtige Antwort geben werden: Kein Betrieb, keine Arbeiterorganisation darf in der Kampffront gegen Panzerkreuzer und Kriegsgefahr fehlen. In allen Stadtteilen Dresdens, in allen Orten Ostsachsens müssen die Komitees erstehen, die die Front in den Kampf führen

gegen die Panzerkreuzerpolitik der Koalitionsregierung,
gegen die offenen und verkappten Kriegsrüster und Militaristen,
für die Klassenforderungen des Proletariats,
für den Schutz des ersten Arbeiter- und Bauernstaates!

Hurra! DER PANZER KREUZER A ist da! 15 Pf

SATYRISCHE ZEITUNG

Beiträge von: Gasbarra, Peter, Grünberg, Schinkel

Zeichnungen von: Beier, Grosz Heartfield, Schmalhausen

ORGANISIERT DEN MASSENVERTRIEB!

Zu beziehen bei allen Literatur-Obleuten, Kolporteuren oder Buchhandlungen.

INTERNATIONALER ARBEITER-VERLAG G.M.B.H. BERLIN C 25.

Kleinlaut gewordene Schwätzer

Die sächsischen Zeitungen der SPD, die in der vorigen Woche noch so laut nach der Zusammenberufung des Reichstages schrien, sind nach dem Beschluß des Aeltesten-Ausschusses und dem Verhalten der SPD-Vertreter in demselben, sehr kleinlaut geworden. Die meisten Zeitungen unterrichten ihre Leser an versteckter Stelle mit 5 bis 6 Zeilen über diesen Fußtritt an die „linken" Maulhelden und diese Verhöhnung der Arbeiter.

Die „ganz radikale" Leipziger Volkszeitung bringt die Mitteilung an ganz versteckter Stelle auf der 3. Seite, ohne ein Wort der Stellungnahme. Aehnlich verfährt das Sächsische Volksblatt, das auf der 2. Seite die Meldung bringt, und dazu in 3 Zeilen bemerkt, daß es diesen Beschluß für falsch und schädlich hält, er stehe im Gegensatz zur Mehrheit der Partei.

Etwas mehr Stellung nimmt die Chemnitzer Volksstimme. Sie schreibt: „Wir halten den Beschluß für einen groben Fehler", . . . eine Aussprache im Reichstag erscheine unumgänglich. Aber die Vertreter im Ausschuß hätten nach dem Beschluß der Parteiinstanzen gehandelt.

Die schmierigste, im Kern der Vorwärtspolitik aber am nächsten stehende Dresdner Volkszeitung bringt die Meldung groß auf der 1. Seite. Sie beginnt ihre Berichterstattung, wie es bei dieser gehirnkranken Gesellschaft nicht anders möglich ist, mit der üblichen Kommunistenhetze. Sie spricht von einem kommunistischen Agitationsantrag. Die Leute in der Volkszeitung sind entweder so blöd, daß sie nicht fühlen, wie sie sich selbst ins Gesicht schlagen, oder sie halten ihre Leser für komplette Idioten. Waren es doch die sächsischen Sozialdemokraten, die am lautesten nach der Einberufung des Reichstages geschrien haben, auch die Dresdner Volkszeitung. Jetzt, wo wir den Antrag gestellt haben, ist er ein Agitationsantrag. Die Volkszeitung charakterisiert damit nur die Verlogenheit ihrer eigenen Methoden. Gleichzeitig schreibt die Volkszeitung aber, daß sie die Stellung ihrer Vertreter für einen sehr schweren Fehler halte. Man hätte doch für Ende September den Reichstag einberufen sollen. So aber werde es immer schwerer, den Bau des Panzerkreuzers aufzuhalten. Die Partei müsse sich wenigstens ernstlich bemühen, die Durchführung des Baues zu verhindern. Die Volkszeitung saugt immer noch an diesem alten Knochen. Sie wird nicht mehr lange davon leben können.

Bezeichnend aber ist für alle sächsischen SPD-Zeitungen, daß sie nichts anderes tun, als jammern. Das zeigt die ganze Ohnmacht dieser Wichte, die den Arbeitern erzählen, sie ziehen aus, um die Partei zu ändern. Sie fügen sich schon ganz gehorsam dem Panzerkreuzerkurs.

Die Komödie von Paris

Der abgeblitzte Stresemann — Sein Rücktritt bevorstehend? — Bankrott in Genf — Sowjetrußland lehnt Teilnahme am Völkerbetrug ab — Einladung zum Kelloggpakt — Rüstungskonferenz in Amerika

Die Komödie in Paris ist vorüber. Der „Kriegsächtungspakt" ist unterzeichnet. Wie die bürgerliche Presse mitteilt, wurde bei diesem „feierlichen Akt" das notwendige Theater entfaltet. Buntgeputzte Diener leiteten die Delegierten an ihre Plätze. Briand hielt eine verlogene Friedensrede. Wie mitgeteilt wird, sträubte sich schon Kelloggs Federhalter, den Schwindel zu unterschreiben. Mehrfach mußte er ihn in die Tinte tauchen. Auf den Straßen von Paris hatten die Polizisten alle Hände voll zu tun, um die Gegenkundgebungen der Pariser Arbeiter, die für einen wirklichen Frieden durch den Sturz der Kapitalisten aller Länder demonstrierten, in Schach zu halten. Sie konnten es aber nicht verhindern, daß neben dem Bürgerpöbel, der den Friedensengeln Ovationen brachte, die Arbeiter die kapitalistischen Vertreter auspfiffen.

Die kapitalistische und sozialdemokratische Presse bezeichnet die Demonstranten in der üblichen Manier als halbwüchsige Burschen.

Der reale Wert dieses Kriegsächtungspaktes tritt denn auch immer mehr und deutlicher in Erscheinung. Haben wir vor ein paar Tagen schon auf die Isolierung der deutschen Imperialisten hingewiesen. In Paris hat sich Stresemann durch Poincaré nun noch die Bestätigung geholt. Stresemann hat mit Poincaré über die Rheinlandräumung gesprochen, und dieser hat ihm geantwortet, daß Stresemann Vorschläge über die Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Dawesvertrag machen solle. Die New York Times teilt mit, daß sich Poincaré **zu gar nichts bereit gefunden habe, nicht einmal zu einer früheren Räumung der zweiten Zone,** obwohl Stresemann in bewegten Worten geklagt hat, daß er dann die nationalistischen Strömungen nicht bändigen könne.

Stresemann scheint davon so krank geworden zu sein, daß er sein Amt nicht mehr ausfüllen kann. Die „Germania" teilt gestern mit, er wolle zurücktreten. Als sein Nachfolger wird Staatssekretär Schubert genannt.

Noch kräftiger aber unterstreichen zwei andere Meldungen den „Wert" des Paktes. So wird aus Washington heute mitgeteilt, daß der Präsident Coolidge die **Chefs der Armee- und Marineleitung zu einer Besprechung nach seinem Sommersitz gebeten habe, um mit ihnen über die Verschiebung der Kräfteverhältnisse der Seestreitkräfte** durch das englisch-französische Bündnis zu beraten. **Amerika soll weiter aufrüsten.**

Gleichzeitig tagt in Genf die Kommission für die Kontrolle der Rüstungsindustrie. Man hatte die Sowjetunion zu dieser Theatersitzung eingeladen. Litwinow antwortete:

„Die Sowjetregierung hält sich für berechtigt, festzustellen, daß seitens des Völkerbundes und seiner Organe **nichts zur tatsächlichen, wenigstens teilweisen Lösung des Abrüstungsproblems getan ist und getan wird.** Indes verlangen wir im gegenwärtigen Augenblick mehr als je die Anspannung aller Kräfte zur tatsächlichen Erreichung der Abrüstung und folglich zur Beseitigung der Gefahr neuer Kriege.

Bei einer solchen Sachlage kann die Arbeit an einer sogenannten Kontrolle der Waffenproduktion **die öffentliche Meinung nur irreführen,** indem sie den Anschein erweckt, als handle es sich um eine Arbeit der Völkerbundsmitglieder für die Verwirklichung der Abrüstung, eine Arbeit, **die in Wirklichkeit nicht vorhanden ist."**

Heute kommt denn auch aus Genf schon die Meldung, daß **die Verhandlung aufgeflogen.** Eine Einigung sei nicht zu erzielen gewesen.

Wohl um dem Kelloggpakt einen Schein von Wirklichkeit zu geben, hat man jetzt **die Sowjetregierung zur Unterzeichnung eingeladen.** Die Einladung erfolgte durch den französischen Botschafter. Die Einladung zeigt, wie sehr sich die Imperialisten in der Klemme befinden. Zur Beratung und Beschlußfassung über den Pakt hat man die Sowjetregierung nicht eingeladen. Zu dem Schritt, zu dem sie jetzt aufgefordert wird, den Pakt vor dem internationalen Proletariat zu legalisieren, wird sich die Sowjetregierung sicherlich nicht einfach gebrauchen lassen.

Die Arbeiterschaft darf sich durch das Blendwerk von Paris nicht täuschen lassen, sie muß mit offenen Augen die Vorgänge im Lager der Imperialisten betrachten, dann wird sie sehen, daß **der Krieg viel näher ist als der „ewige Frieden".**

Ankunft der Spartakiadeteilnehmer in Berlin

Die gestrige Empfangskundgebung der Spartakiadeteilnehmer gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung für die internationale Einheit des Arbeitersports gegen jeden Spaltungsversuch. Genosse Hauck-Eßlingen übermittelte brüderliche Grüße der russischen Arbeitersportler. **213 deutsche Arbeitersportler** gehörten der Delegation an, von **denen 99 in der KPD und 19 in der SPD** organisiert sind, **95 sind parteilos.** Hauck berichtete, was er in Moskau gesehen, sei von so elementarer Kraft gewesen, daß er es mit Worten nicht schildern könne. Auch verschiedene Moskauer Sportanlagen waren so herrlich, daß es keinen Vergleich mit deutschen Sportanlagen dafür gibt. **Die sportlichen Leistungen der russischen Arbeitersportler stehen auf hoher Stufe.** Mit größter Bewunderung berichtete Hauck über die Verhältnisse der Arbeiter, **die sozialen Einrichtungen, die Lebensmittelpreise und Löhne.** Alle Delegationsteilnehmer hatten den Eindruck, **daß es im Arbeiter- und Bauernstaat vorwärts gehe** und es die Pflicht aller Arbeiter ist, in Deutschland dafür zu sorgen, daß auch hier die Arbeiterschaft die Macht ergreifen kann.

Inzwischen erschien der zweite Teil der Delegation, der per Schiff nach Deutschland zurückgekehrt war. Er wurde von der Versammlung stürmisch begrüßt. Genosse Siewert teilte noch mit, daß die russischen Genossen sehnlichst wünschen, eine Arbeiterdelegation nach Deutschland entsenden zu können. **Sie haben für den Arbeitersportverein Fichte eine Fahne mitgesandt.**

Dresdner Arbeitersportler für den Volksentscheid

Wie wir erfahren, wurde in einer Vereinsvertreterkonferenz der Dresdner Arbeiterfußballer, an der 70 Vertreter teilnahmen, eine Resolution mit allen Stimmen gegen eine einzige (Scherf, Neustadt) angenommen, in der die Volksentscheidsbewegung begrüßt und Bereitwilligkeit zur Teilnahme erklärt wurde.

SLUB Wir führen Wissen.